



Dieses Transkript gibt möglicherweise aufgrund der Tonqualität oder anderer Faktoren den ursprünglichen Inhalt nicht wortgenau wieder.

Yanis Varoufakis über Julian Assange, Militarisierung, Europapolitik & soziale Bewegungen

ZAIN RAZA (ZR):

Willkommen bei "Die Quelle", einem Programm, in dem wir Whistleblower, ehemalige Insider und Politik-Experten interviewen. Mein Name ist Zain Raza. Heute zu Gast ist der Mitbegründer von "Democracy in Europe Movement 2025" und ehemaliger griechischer Finanzminister, Yanis Varoufakis. Yanis kandidiert auch für die bevorstehende Europawahl und ist Autor zahlreicher Bücher. Das Neueste ist "Time for Change: Wie ich meiner Tochter die Wirtschaft erkläre". Yanis vielen Dank, dass Sie heute bei uns sind.

YANIS VAROUFAKIS (VR):

Vielen Dank für die Einladung.

ZR:

Beginnen wir mit Julian Assange. Im letzten Interview haben wir darüber gesprochen, welche Bedeutung sein Fall für die Pressefreiheit hat. Können Sie diesbezüglich erzählen, was die Menschen konkret tun könnten, um Julian Assange und die Pressefreiheit zu schützen?

YV: Nun, zunächst einmal sollten sich die Leute von der Debatte über Julians persönliche Misserfolge oder Vorteile befreien. Niemand auf dieser Welt ist perfekt. Und in diesem Fall geht es nicht um persönliche Ethik. Es geht um die Pressefreiheit. Der einzige Grund, warum wir von Julian wissen, ist, dass er durch WikiLeaks die Infrastruktur geschaffen hat, die es Whistleblowern wie Chelsea Manning ermöglicht, uns über Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu informieren, die in unserem Namen begangen werden. Genau das ist der Grund, warum er jetzt im britischen Guantanamo Belmarsh Prison verkümmert. Deshalb müssen wir öffentliche Unterstützung organisieren. Für unser eigenes Recht auf Wissen. Und wir müssen es überall tun.

ZR:

Es finden viele Bewegungen in Europa statt, sei es bei "Fridays for Future", der Bewegung gegen das aktuelle Urheberrechtsgesetz und den Uploadfilter oder auch die Bewegung der

“Gelbwesten” in Frankreich. Es gibt jedoch wenig bis gar keine Gegenbewegungen, verglichen mit den 70er und 80er Jahren, wenn es gegen die Militarisierung geht. Obwohl sich die westlichen Militäretats um Milliarden, wenn nicht sogar Billionen, erhöht haben. Zum Beispiel geben die Vereinigten Staaten 643 Milliarden Dollar aus, während die europäischen NATO-Länder jährlich 246 Milliarden Dollar ausgeben und wir reden nicht nur über die finanziellen Kosten. Ich rede auch über die Opportunitätskosten, darüber wofür dieses Geld ansonsten hätte ausgegeben werden können und natürlich über die sozialen Kosten für die Menschen, die am empfangenden Ende für all diese militärischen Waffen stehen. Das “Bulletin of Atomic Scientists” hat die Aufkündigung von Rüstungsverträgen sowie die Modernisierung von Nuklearwaffen als ernsthafte Bedrohung bezeichnet. Was ist Ihre Einschätzung dazu und sollten Bewegungen auch eine Gegenposition zur Militarisierung einnehmen?

YV:

Ja, natürlich sollte das so sein. Und ja, in der Tat. Wir unterliegen einem falschen Sicherheitsgefühl. Nach dem Ende des Kalten Krieges schlägt die Uhr fast Mitternacht, die Weltuntergangsuhr, einfach weil ein neues Wettrüsten stattfindet. Und es gibt neue Akteure bei diesem Wettrüsten. Und Militarisierung nimmt dabei die Rolle eines Stabilisierungsmechanismus für einen sehr instabilen Finanzkapitalismus ein. Sie haben etwas erwähnt, das völlig richtig ist. Die Tatsache, dass wir nicht die Friedensbewegung und auch generell nicht die massiven Demonstrationen haben, die wir in den 1960er und 1970er Jahren hatten. Der Grund dafür ist wirklich recht simpel und sehr traurig. Es sind deflationäre Zeiten. Ihre Generation - ich sage Ihre, weil Sie jünger sind als ich - hatte das Pech, das Jahr 1929 im Jahr 2008 wiederzuerleben. Und genau wie nach 1929 gab es dann eine Zeit der Deflation. Negative Zinssätze für beschissene Jobs, die qualitativ hochwertige Arbeitsplätze ersetzen. Diese deflationären Zeiten sind keine Zeiten des Aktivismus. Es sind Zeiten der Depressionen und zwar sowohl wirtschaftlich als auch psychologisch. Sie werden sich daran erinnern, dass es in den 60er und 70er Jahren Zeiten der Inflation waren. Zeiten der Inflation haben ihre Probleme, aber sie generieren gleichzeitig Gewinne und Aktivismus auf den Straßen.

ZR:

Ich möchte über zwei Themen sprechen, die aufgrund des Mueller-Berichts, der derzeit in den Vereinigten Staaten veröffentlicht wird, in den Hintergrund geraten sind. Eines davon ist der Iran, wo wir sehen, wie Trumps Regierung von John Bolton bis Mike Pompeo die Schlinge enger zieht, indem sie den Vertrag mit dem Iran aufhebt, der unter Obama geschlossen wurde, und gleichzeitig die Sanktionen erhöht; und Venezuela, ein Thema bei dem viele Kritiker sagen, dass es eine Art Staatsstreich ist, der dort stattfindet. Und viele europäischen Länder haben sogar Juan Guaido anerkannt. Könnten Sie DiEMs offizielle Position dazu schildern?

YV:

Beginnen wir mit Venezuela. Unsere offizielle Position ist, dass Präsident Maduro das venezolanische Volk im Stich gelassen hat. Er hat die Verfassung von Chavez außer Kraft gesetzt und unannehmbare Ausmaße an Gewalt gegen friedliche Demonstranten vollzogen, als Folge einer versagenden Wirtschaft. Einer Wirtschaft, die aufgrund der ineffizienten Handhabung des sozialistischen Experiments von Chavez durch die venezolanische Armee versagt. Aber während wir dies verurteilen, verurteilen wir mit gleicher Härte jeden Versuch der Vereinigten Staaten, Venezuela zu erwürgen, eine Umschuldung unmöglich zu machen, die für das Volk von Venezuela absolut essentiell ist, um wieder aufatmen zu können. Es ist ein andauernder Staatsstreich. Seit den Zeiten von Chavez hat es Maduro den Vereinigten Staaten leider leichter gemacht, ihn zu beeinflussen. Um es kurz zu fassen, für DiEM25 ist ganz klar: Der einzige Retter Venezuelas muss das venezolanische Volk sein, dem durch freie und faire Wahlen und demokratische Politik ermöglicht werden sollte seine Sache in Ordnung zu bringen.

ZR:

Kommen wir nun zu Europa. In einigen Ländern wie Griechenland und Spanien verzeichnen wir Wirtschaftswachstum und einen Rückgang der Arbeitslosenquote. In Spanien ist die Arbeitslosenquote zum Beispiel von 2013 bis 2018 von 26 auf 14 Prozent gesunken und in Griechenland von 27 auf 16 Prozent. Auch das Wirtschaftswachstum lag zwischen 2,5 und 1,9 Prozent. Funktioniert Austerität in diesen Ländern?

YV:

Austerität war und ist eine Katastrophe. Und dort passiert kein Wachstum. In Griechenland den Rückgang der Arbeitslosigkeit zu feiern, grenzt daran einer Verletzung noch eine Beleidigung hinzuzufügen. Denn ja, die Arbeitslosenquote ist gesunken, aber sie ist gesunken, weil junge Menschen aus dem Land ausgewandert sind. Du zerstörst ein Land, du tötest alle. Es gibt keine Arbeitslosigkeit mehr. Das ist kein Grund zum Feiern. Was das Wachstum betrifft, so gibt es kein Wachstum. Wenn man sich das Wertschöpfungseinkommen ansieht, d.h. wenn man den Betrag, die gigantische Besteuerung, die dem griechischen Volk im Hinblick auf das verfügbare Bruttonationaleinkommen auferlegt wurde, nicht mitzählt, dann gibt es kein Wachstum. Wenn man sich den Gesamtbetrag ansieht, den Arbeiter mit nach Hause nehmen, gibt es einen Rückgang. Die Depression hält also an. In Spanien gibt es zwar mehr Beschäftigung, aber mehr Teilzeitbeschäftigung prekärer Natur, die qualitativ hochwertige Arbeitsplätze ersetzt hat. Auch in Spanien gibt es nichts zu feiern, vor allem, wenn man die massive Zunahme der privaten Verschuldung berücksichtigt. Und erinnern Sie sich, dass der Grund, warum Spanien in ein schwarzes Loch fiel, die private Verschuldung war! Europa erlebt 2019 eine neue Eskalation der gleichen Krise, die Europa und insbesondere die Eurozone seit 8 bis 10 Jahren heimsucht. Wir haben hier in Deutschland eine neue Zeit der verschärften Rezession. Die Industrieproduktion ging um 5 Prozent zurück. Italien befindet sich in der Rezession. Frankreich befindet sich im Stillstand. Frankreich ist innerhalb der Eurozone ohnehin nicht nachhaltig. Die Krise dauert an. Alle Feierlichkeiten über das Ende der Krise und den Erfolg der Sparpolitik sind nicht nur voreilig, sondern auch unsinnig.

ZR:

Kommen wir zum Klimawandel. Ich möchte speziell über Verantwortung und Verantwortlichkeit sprechen. Sollten es die Verbraucher sein, die darauf zu achten haben, was sie kaufen, was sie essen und wie sie ihr Plastik und den gesamten Abfall trennen? Oder sollten es die Produzenten sein, die die Verantwortung übernehmen müssen, weil sie die Produkte herstellen? Was ist Ihrer Meinung nach das richtige Gleichgewicht?

YV:

Weder noch. Die Verbraucher können weiterhin recyceln und ihre Fahrräder fahren, anstatt Dieselautos zu fahren. Das ist keine schlechte Sache. Aber es ist irrelevant. Es wird keine signifikante Beeinflussung der Klimakatastrophe dadurch geben, dass wir unser Bewusstsein und Gewissen durch diese individuellen freiwilligen Tätigkeiten beruhigen. Die Hersteller werden überhaupt nichts tun, solange sie nicht dazu gezwungen werden. Wir versagen daher momentan auf der Ebene einer organisierten Gesellschaft, auf der Ebene der Zivilisation. Was wir tun müssen, ist, mindestens 5 Prozent des BIP für einen grünen Übergang auszugeben. Wir brauchen physische Grenzen für das Wachstum von "Schlechtern" statt Gütern, und wir müssen das Makro mit dem Mikro kombinieren, aber auf Ebene dessen, was wir bei DiEM25 einen "Green New Deal" nennen, an dem wir zwei oder drei Jahre lang gearbeitet haben, um herauszuarbeiten wie er genau aussehen sollte.

ZR:

Sie sprachen über den Green New Deal. Sie schrieben einen Artikel, der kürzlich im Guardian erschien. Der Titel lautet: "Es ist Zeit für Nationen, sich um den International Green New Deal zu vereinen". Können Sie über die drei von Ihnen genannten Punkte sprechen: Produktion, Innovation und Reparationen, und auch darüber, welche Rolle die Progressive Internationale dabei spielen sollte?

YV:

Ich beginne mit der Produktion. Es ist klar, dass wir den Produktionsmodus auf einen umstellen sollten, der tatsächlich nützliche Dinge produziert und damit bricht, Dinge zu produzieren, die den Planeten zerstören, die wirklich nichts zu unserem Seelenglück beitragen. Das erfordert eine massive Investition der überschüssigen Liquidität, die sich jetzt auf planetarischer Ebene befindet und ein Volumen von etwa 20 bis 30 Billionen Dollar an ungenutzten Einsparungen fasst, die nicht in Dinge investiert wurden, die wir benötigen. Wir müssen dieses Geld nehmen und es in grüne Technologien, insbesondere in grüne Energie, grünen Verkehr und auch in grüne Landwirtschaft investieren.

Was die Reparationen angeht, wird Nichts davon funktionieren, wenn wir weiterhin diejenigen Länder auf der ganzen Welt auffordern, die Rechnung zu begleichen, die jahrhundertelang unter dem europäischen und amerikanischen Kolonialismus litten und deren Versuche, Jahre und Jahrhunderte der Armut umzukehren. Es muss Reparationen

geben. Es muss eine Umverteilung des Reichtums, nicht nur des Einkommens, vom globalen Norden in den globalen Süden geben.

Und schließlich Innovation. Wir brauchen ein neues Manhattan-Projekt. Als Amerika und die Verbündeten in den 1940er Jahren vor der klaren und gegenwärtigen Gefahr standen, dass Hitler die Atomwaffe bekommt, versammelten sie die besten Wissenschaftler der Welt und schickten sie nach Los Alamos und sagten OK, was auch immer es auch kosten mag, löst das Problem. Bekommt die Atombombe bevor die Nazis es tun. Wir stehen vor einer ähnlichen Katastrophe. Wir müssen in Innovationen auf dieser Ebene investieren, nicht indem wir die besten Wissenschaftler an einen Ort bringen, sondern indem wir ein internationales Netzwerk wissenschaftlicher Forschung schaffen, das der nächste Schritt in zur Erzeugung nutzbarer Energie sein wird.

ZR:

Wir haben noch zwei Minuten, also zur letzten Frage: Bei den Europawahlen 2014 war die Wahlbeteiligung sehr gering. Nur 43% der Wahlberechtigten beteiligten sich. Wie wichtig ist es bei dieser Wahl zu wählen?

YV:

Wie Sie wissen komme ich aus einem Land, in dem, als ich jung war, eine faschistische Diktatur herrschte und sah, wie Menschen ihr Leben opferten für ihr Recht zu wählen. Sie müssen wählen, weil Leute für Ihr Recht zu wählen gekämpft haben und dafür gestorben sind. Und wenn Sie nicht wählen, werden das Establishment und Autoritäten diese Welt für Sie selbst und Ihre Kinder zerstören. Deshalb treten wir hier in Deutschland mit "Demokratie in Europa" an und überall in Europa mit dem "European Spring".

ZR:

Yanis Varoufakis Mitgründer des Democracy in Europe movement (DiEM25), vielen Dank, dass Sie bei uns zu Gast waren.

YV:

Ich danke Ihnen.

ZR:

Wir danken Ihnen fürs Zuschauen. Wenn es Ihnen gefallen hat, abonnieren Sie unseren Kanal und spenden Sie, damit wir weiterhin unabhängige Inhalte für Sie produzieren können. Mein Name ist Zain Raza. Bis zum nächsten Mal.

END